



Das neue Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (2014–2020)

Nach einem holprigen Start im Frühjahr 2014 gibt es inzwischen die ersten Auswahlresultate im Rahmen des EU-Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (2014–2020). Obwohl die Verordnung für das neue Programm erst am 14. April 2014 vom Rat verabschiedet wurde und die Antragsunterlagen erst Anfang Mai zugänglich waren, endete die erste Antragsfrist bereits am 4. Juni 2014.

Offen war diese erste Runde für Projekte zum Bereich »Europäisches Geschichtsbewusstsein« (Förderbereich 1), für »Bürgerbegegnungen« (Förderbereich 2.1) und die »Vernetzung von Partnerstädten« (Förderbereich 2.2). Insgesamt wurden 973 Anträge eingereicht, gefördert werden EU-weit 242 Projekte.

Geschichts- und Erinnerungsprojekte

Für den Förderbereich 1 »Europäisches Geschichtsbewusstsein« gibt nur eine Einreichfrist im Jahr. In diesem Jahr wurden etwas mehr Projektvorschläge eingereicht als 2013: Europaweit gingen 472 Anträge für Geschichtsprojekte ein, 2013 waren es 425. Für eine Förderung ausgewählt wurden 33 Projekte (2013: 31 Projekte). Damit hat sich die geringe Förderquote von ca. 7 Prozent nicht verändert, obwohl in dem neuen Programm dem Bereich Erinnerungs- und Geschichtsarbeit mehr Gewicht gegeben wird. Da aber der Bedarf entsprechend hoch ist, gehen weiterhin 93 Prozent der Antragsteller leer aus.

Von deutschen Trägern wurden insgesamt 39 Anträge eingereicht, drei waren erfolgreich, derjenige der Stiftung »Erinnern ermöglichen« aus Düsseldorf, der des Dresdener Vereins Jugend- und Kulturprojekte e.V. sowie der des Vereins Recht in Europa e.V., dessen Projekt untenstehend kurz vorgestellt wird.

Kommunale Partnerschaftsprojekte

Für die beiden Fördermaßnahmen im Bereich der kommunalen Partnerschaftsarbeit, »Bürgerbegegnungen« (2.1) und »Vernetzung von Partnerstädten« (2.2) gibt es generell zwei Antragsfristen pro Jahr, in diesem Jahr am 4. Juni und am 1. September. Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl der EU-weit eingereichten Anträge im Vergleich zu den für eine Förderung ausgewählten Projekten:

Förderbereich		eingereicht	ausgewählt
2.1	EU	417	188
	DE	46	27
2.2	EU	84	21
	DE	5	2

Über 50 Prozent der deutschen Antragsteller waren mit ihren Vorschlägen für grenz-

übergreifende Bürgerbegegnungen erfolgreich. Das klingt zwar gut, doch die hohe Erfolgsquote resultiert aus der geringen Anzahl an Projektvorschlägen. Zum Vergleich: Im Jahr 2013 gingen zur ersten Frist EU-weit deutlich mehr, nämlich 747 Anträge für Bürgerbegegnungen ein – und dies obwohl es in dem Jahr noch drei Einreichfristen gab. Die Reduktion der Einreichfristen ist zugleich einer der Gründe für die geringe Antragszahl; ein anderer ist die Tatsache, dass die beiden neuen Fristen im Jahr 2014 mit Durchführungszeiträumen im Jahr 2015 verknüpft sind, die vielfach nicht zu den Planungen der Kommunen und Vereine sowie zu den Verabredungen mit den Partnern passten.

Im Förderbereich 2.2 »Vernetzung von Partnerstädten« waren nur zwei deutsche Antragsteller erfolgreich: die Stadt Murrhardt sowie das Integrationsbüro der Stadt Recklinghausen. Zum Vergleich: Bei der ersten Antragsrunde im Jahr 2013 wurden europaweit 23 von 133 Förderanträge positiv beschieden; aus Deutschland wurden 13 Anträge eingereicht, aber ebenfalls nur zwei Projekte für eine Förderung ausgewählt. In den 2014 europaweit ausgewählten 21 Projekten sind in zehn Projekten deutsche Partner vertreten.

Das Projekt »ST (NS)A SI«

Für das vom Jenaer Verein Recht in Europa e.V. gemeinsam mit vier Partnern aus Bulgarien, Deutschland, Rumänien und Slowenien eingereichte Projekt »ST (NS)A SI – Persönlichkeitsrechte schützen – Menschenwürde vor und nach dem Mauerfall« wurde eine EU-Förderung in Höhe von 87.500 Euro bewilligt. Anlässlich des 25. Jahrestages des Falls der Berliner Mauer soll die Geschichte der Überwachung durch die Stasi in der DDR-Diktatur im gesamteuropäischen Kontext diskutiert werden. Es wird eine Verbindungslinie zum aktuellen NSA-Skandal hergestellt: Das Projekt soll die Menschen in Europa für die Bedrohungen der europäischen Grund- und Menschenrechte in der heutigen Zeit durch Datenspeicherung sensibilisieren. Dazu werden ab Dezember 2014 in Jena und Lüneburg, in Maribor (Slowenien), Pleven (Bulgarien) und Timisoara (Rumänien) Jugendliche Stasi-Opfer interviewen, eine Schultheatergruppe wird das Theaterstück »Ausgespäht« erarbeiten und aufführen und bei Podiumsdiskussionen wird mit Experten, Politikern und Bürgern über die Bedeutung von Persönlichkeitsrechten und Menschenwürde in Europa diskutiert. Die Veranstalter rechnen mit rund 1.600 Teilnehmenden bei diesen und weiteren Aktivitäten, die bis Ende Januar 2016 stattfinden werden.

Christine Wingert und Monika Lühn

Die KS EfBB wird gefördert durch die Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« sowie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.